

*Ulrich Reuling, Die Kur in Deutschland und Frankreich. Untersuchungen zur Entwicklung des rechtsförmlichen Wahlaktes bei der Königserhebung im 11. und 12. Jahrhundert.*

Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1979, 221 S., Ln. DM 49,— (Veröff. d. Max Planck Insituts für Geschichte 64).

Die Marburger Dissertation von Reuling hat das Verdienst, ein von Walter Schlesinger in Angriff genommenes und in zahlreichen Studien konsequent weiter verfolgtes Thema, die „Wahl“ an sich und vor allem die Wahl des mittelalterlichen deutschen Herrschers, in vergleichender Zusammenschau mit Frankreich zu einem gewissen Abschluß gebracht zu haben. Die hier vorgelegte vergleichende

Analyse der „Wahlformen“ im hochmittelalterlichen Deutschland und Frankreich kommt zu dem nicht überraschenden, in seiner Klarheit aber beeindruckenden Ergebnis, daß die Krone Frankreichs im Laufe des 12. Jahrhunderts als erblich galt, schon König Philipp II. August darauf verzichtete, seinen ältesten Sohn zum Mitkönig weihen zu lassen, und daß nach dem Tode des Vaters für die Königsweihe keine Zustimmung der Großen, also überhaupt keine Wahlhandlung, mehr nötig war, daß aber im Gegensatz dazu im Deutschen Reich die „Kur“ seit ihrem ersten Auftreten 1024 im Rahmen der Königserhebung keinem Wandel mehr unterlag und eine rechtsförmliche Willenserklärung darstellte und damit die förmliche Wahl zunehmend selbständige Bedeutung sogar vor der Königsweihe gewann. Auch Barbarossa hat die Wahl durch die Fürsten als rechtsbegründend angesehen, und so nahm ihre zentrale Bedeutung für die Erlangung des Königtums noch weiter zu, so daß unter König Philipp die Regierungsjahre vom Tag der Wahl an datiert wurden. In Frankreich war seit dem 12. Jahrhundert die Königsherrschaft nicht nur lehenrechtlich, sondern auch sakralrechtlich immer fester begründet und der Zentralismus der Königsmacht stetig im Steigen. In Deutschland wurde mit der Durchsetzung des Wahlprinzips selbst in frühstaufer Zeit der vorher starke sakrale, königsrechtliche Zentralismus durch Kur und Wahl immer mehr aufge- weicht; die Teilhabe der Fürsten am Reich und an den großen politischen Entscheidungen war also vorprogrammiert und drückte sich schon unter Heinrich V. dadurch aus, daß die principes — Fürsten — capita imperii genannt wurden. Im Spätmittelalter waren die Fürsten das Reich: Aristokratie mit monarchischer Spitze. Heinrich Mitteis, der große und wegebahnende Rechtshistoriker, hatte sich schon vor Walter Schlesinger mit der deutschen Königswahl befaßt, war aber mehr funktional als formalrechtlich vorgegangen. Ich stimme Reulings Auffassung sehr wohl darin zu, daß er eine klare Begriffsbestimmung erarbeitet, aber Begriffsbestimmung ist für einen Historiker, der keine normative Wissenschaft betreibt, nicht alles, sie ist vor allem keine dynamische Verfassungs- und Gesellschaftsgeschichte. Das kennzeichnet etwas diese Arbeit, deren Ergebnisse überzeugen, gerade weil sie die Quellen sprechen lassen und sie mit den Ergebnissen anderer konfrontieren. Sie hat auch erwiesen, daß die Kur in Deutschland sich nicht nach einem französischen Vorbild richtete, sondern eher umgekehrt die deutsche Kur für französische Ansätze einer Wahl modellhaft war.

Anfänge der Kur bei der deutschen Königserhebung zeigen sich erstmals 1024 bei der Wahl Konrads II., für die der Formalakt einer Stimmabgabe belegt ist. Seit spätkarolingischer Zeit war die „Huldigung“ der „Kern der förmlichen Erhebung“ gewesen. Bemerkenswert ist, daß die Wahl Rudolfs von Rheinfelden 1077, der im Übergang von der Erb- zur Wahlmonarchie in Deutschland dynamisch-politisch eine besondere Bedeutung zukommt, als Formalakt in den Quellen wenig belegt ist; daraus wird geschlossen, daß man sich der üblichen Erhebungsformen bedient hat. Dagegen erweist sich die Erhebung Kaiser Heinrichs III., gemessen an seinem Vater Konrad, als völlige Abkehr vom Prinzip der freien Wahl zugunsten einer zur Erbfolge tendierenden Designation. Eine Kur hat im Rahmen der vorstauferischen Königserhebungen nur bei Rudolf von Rheinfelden (1077), bei Hermann von Salm (1081) und Lothar III. (1127) stattgefunden. Bei den freien

Wahlen der frühen Stauferzeit gab es immer einen Kurakt und Barbarossa deklarierte 1158 dieses Wahlverfahren als Gewohnheitsrecht und Norm. Nach Vollzug der förmlichen Wahl galt fortan der Kandidat allgemein bereits als rex, auch wenn die Weihe nicht erfolgt war. Seit frühsalischer Zeit hat die Stimmabgabe die bis dahin als Wahlform konstitutive Huldigung oder die Akklamation aus ihrer zentralen Funktion im Akt der weltlichen Königserhebung verdrängt. Vorbild der Kur war wohl die kirchliche Wahl, Grund ihrer Übernahme eine geistliche Initiative. Die Chance dafür bot die freie Wahl beim Dynastiewechsel von 1024, der das Königtum von den Sachsen an die Franken brachte, und die notwendige Entscheidung über zwei rivalisierende Thronkandidaten, was förmliche Wahlverfahren erforderte. In Frankreich gibt es einen formalen Wahlakt erstmals bei der Erhebung Philipps I. (1059), doch ist das Episode geblieben. Seit Philipp II. August war die Krone Frankreichs erblich. Der dauernde Formalakt der Wahl in Deutschland hat den Kurfürsten als den Obersten Kronvasallen ein exzeptionelles Wahlrecht als Königswähler gebracht, die Territorialität aber zum Strukturprinzip der Reichsverfassung gemacht.